

### Schwere Fragen

Das Wort ist draußen, im deutschen Reichstag wurde es gesprochen, der Elßässer Abgeordnete Ricklin sagte: Was auch von Berlin oder Strassburg aus geschehe, es kann keine wesentliche Aenderung in der Stimmung der Elßaß-Lothring er mehr hervorbringen, die elßaßisch-loth-

ringische Frage ist eine internationale geworden. Wäre die Autonomie früher gewährt worden, so ...

Wie die Stimmung der Elßaß-Lothringer ist, braucht Ricklin nicht zu sagen, er kann es wissen und aus seinen Worten ist leicht zu folgern, was er von ihr hält. Graf Posadowsky von der deutschen Fraktion hatte zuvor ausgeführt, was Deutschland mit Elßaß-Lothringen verlieren würde: Eisen und Kali seiner Industrien. Der Name Elßaß-Lothringen hat jetzt im Reichstag einen ganz andern Klang als früher, die Zukunft ist gewichen. Die Entente will es nicht einmal auf eine Volksabstimmung mehr ankommen lassen, da sie behauptet, es handle sich um einen Fall der Desannexion, und darüber, wie der Entscheid der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ausfallen würde, bestehen keine Zweifel. Daß sie in letzterem Punkte richtig urteilen, werden ihnen auch Außenstehende bestätigen, das ist doppelt schmerzlich für Deutschland.

Auch die Dänen haben ihre Ansprüche im Reichstag angemeldet. Unmittelbar nach dem Elßaß-Lothringer nahm der Däne Hansen das Wort, um eine endgültige Lösung der nordschleswigischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu fordern. Auch er fühlt sich sicher darin, wie die Entscheidung ausfallen würde. Man vergleiche, wie ganz anders sich in viel kürzerer Zeit das Verhältnis zwischen Engländern und Buren gestaltete, nachdem sie in blutigen Feldschlachten sich geschlagen. Auch die Polen betrachten ihre Forderungen als internationale Angelegenheit, die bei den allgemeinen Friedensverhandlungen zu regeln sei, sie möchten bis ans Meer gelangen.

Die deutsche Presse übt in diesen Fragen große Zurückhaltung; Zentrum und Sozialdemokratie schrieben darüber im Anschluß an die Reichstagsverhandlungen elegische Betrachtungen. Die „Germania“ meint, die Reichsländer fahren zweifellos am besten, wenn sie selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen und als vollberechtigte Bundesstaaten in Deutschland bleiben. Würde dieser Krieg wirklich als erster mit einem wahren Rechtsfrieden enden, schreibt der „Vorwärts“, so könnten die deutschen Randvölker selbst über sich bestimmen. Das ist das Recht aller Völker, das heißt selbstverständlich auch das des deutschen Volkes, nach dem leitenden Grundsatz: Werden die Türen des Reichs für die aufgetan, die hinaus wollen, so müssen sie auch denen offen stehen, die hinein streben. Dabei wird sich eine völlig gerechte Lösung nicht finden lassen. Sie könnte nur gefunden werden in der Freiheit

der staatlichen Minderheiten und in der Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den einzelnen Ländern. Ungern werden wir die scheiden sehen, die keine staatliche Gemeinschaft mehr mit uns haben wollen. Aber die bei uns bleiben oder zu uns kommen, denen eine wohlthätige Wohnstatt zu bereiten, bleibt das Ziel der deutschen Sozialdemokratie.

Das zweite Unbehagen verursachte der unabhängige Sozialist Haase, der an der alten und neuen Regierung Kritik übte und erklärte, seine Partei sei für Wilson keineswegs begeistert. Unter Lärm rechts und in der Mitte stellte Haase die Frage der Kronen und der Hohenzollern und zum Schluß verlangte er die Revision der ganzen Verfassung. Als Entgegnung auf die Ausfälle des Wortführers der unabhängigen Sozialisten ist die Rede des Vizepräsidenten Payers aufzufassen, die in der deutschen Presse allgemein Zustimmung findet.

Der gestrige zweite Tag der großen Reichstagsdebatte war der Tag der unabhängigen Sozialisten, der Dänen, der Polen und der Elßaß-Lothringer, schreibt die „Morgenpost“. Er wäre ein trüber gewesen, wenn nicht von der großen Rede des Vizekanzlers Payer über unsere innerpolitische Reform ein Sonnenstrahl der Zukunftshoffnung ausgegangen wäre. Was Haase in 1½stündiger Rede ausführte, war im Grunde nichts als Nörgerei. Die Rede Payers war die eines weisen Staatsmannes, klar, gerade und getragen vom ehrlichen Bekenntnis zu den großen Ideen des Rechtsfriedens und Volksstaates. Das „Berliner Tageblatt“ hebt hervor, daß nach den Worten Payers vierzig Jahre lang die Mitglieder der Regierung aus den Kreisen der Konservativen gewählt worden seien, da können die Konservativen auch einmal vierzig Jahre lang kaltgestellt bleiben. Andere Blätter unterstreichen den Satz, der sich gegen die antimonarchischen Extravaganzen Haases richtet, und der dem menschlichen und dem Völkerempfinden gerecht wird im Geist der Männer, die das Deutsche Reich geschaffen und Deutschland groß gemacht haben. Auch der „Lokalanzeiger“, der den Ton scharf rügt, in dem Haase seinem Zorn, seinem Haß und seiner Selbstgefälligkeit Genugthuung zu verschaffen suchte, bezeichnet die Rede Payers als wohlbedachte Verteidigung gegen einander widersprechende Angriffe, die von der äußersten Linken und von der Rechten gegen das neue System erhoben wurden.

Wenn die „Post“ glaubt, daß zu viel bei offenen Türen und Fenstern registriert werde, während Engländer, Franzosen und Amerikaner Deutschland bedrohen und Polen und Dänen deutschen Boden fordern, mag dazu bemerkt werden, daß das geheime Regieren wie das geheime Unterhandeln und Bündnis-schließen in diesen großen geschichtlichen Augenblicken keinen Kredit mehr genießt und doch alles bekannt wird und daß Naumann und andere Redner mit Recht geltend machen, es heiße jetzt, jede Zweideutigkeit vermeiden und die Neuordnung der Dinge als freies Volk durchführen. Der konservative Westarp sieht in dieser Neuordnung eine verhängnisvolle Wendung, während die andern im Reich beklagen müssen, daß sie so spät gekommen.

Die Revision der Verfassung muß weitergehen. Man kann dort den Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg nicht halten, weil ja gerade darüber der ärgste Streit waltet, wer in diesem Kriege einen Verteidigungs- und wer einen Angriffskrieg führe. Die Mehrheitsparteien haben sich auf folgende Fassung geeinigt.

„Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich. Friedensverträge, sowie solche Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages.“

Ein Antrag der unabhängigen Sozialisten will die Legislaturperiode des Reichstages auf ein Jahr, statt wie bisher auf fünf Jahre festgesetzt wissen. Die Bestimmung des Art. 24 der Verfassung, wonach zur Auflösung des Reichstages ein Beschluß des Bundesrates und die Zustimmung des Kaisers erforderlich ist, soll gestrichen werden.

Im ganzen seien acht Anträge für weitere Demokratisierung der Verfassung eingereicht worden und andere seien angemeldet, so daß die Revision in dieser Tagung nicht zum Abschluß gelangen kann.